

Auflösung des schleswig-holsteinischen BDK-Landesverbandes

Rote Karte!

Schleswig-Holstein hat seit August letzten Jahres einen unabhängigen Kieferorthopädischen Verein („Kieferorthopäden in Schleswig-Holstein e.V.“) – und seit Anfang 2009 keinen BDK-Landesverband mehr. Die Chronologie der Ereignisse, die zur Auflösung des schleswig-holsteinisches Verbandes geführt haben, detailliert beschrieben in einer Pressemitteilung des BDK-Landesvorstandes, kann dabei nur als – im wahrsten Sinne des Wortes – „denkwürdig“ bezeichnet werden.

Nach der Vereinsgründung in Schleswig-Holstein hatte die Bundesvorsitzende des Berufsverbandes der Deutschen Kieferorthopäden (BDK), Dr. Gundi Mindermann, den gesamten achtköpfigen BDK-Landesvorstand wegen angeblich verbandsschädigenden Verhaltens anwaltlich abmahnen lassen. Nur wenige Wochen später wurden die schleswig-holsteinischen BDK-Landesvorsitzenden Dr. Tina Schaper und Dr. Nils Borchers aus dem BDK ausgeschlossen – in einem, wie der BDK-Landesverband in seiner Presseerklärung betont, „rechtlich höchst umstrittenen Verfahren“. Doch damit nicht genug.

Ohne Absprache mit dem BDK-Landesvorstand luden die BDK-Bundesvorsitzende und ihr Vize Prof. Dr. Dr. Christian Scherer die schleswig-holsteinischen BDK-Mitglieder am 19. November zu einer GOZ-Veranstaltung nach Bad Bramstedt. „Am Rande“ dieser Veranstaltung sollte offenbar auf Wunsch der Bundesvorsitzenden auch über die Zukunft des schleswig-holsteinischen Landesverbandes gesprochen werden. Nachdem der Landesvorstand seine Mitglieder über die Hintergründe der Veranstaltung informiert hatte, erschienen, wie der Pressemitteilung zu entnehmen ist, zur angeblichen GOZ-Veranstaltung neben dem

Landesvorstand vier weitere Mitglieder – nicht jedoch der GOZ-Referent. „Auch war offensichtlich überhaupt keine GOZ-Präsentation vorgesehen“, beobachtete der Landesvorstand. In einer dreistündigen Diskussion über die Situation des BDK im Bund und auf Landesebene konnte keine Einigung erzielt werden. Mindermann habe zudem eine „Unterwerfungserklärung“ der Landesvorsitzenden gefordert, nach der diese zukünftig jegliche öffentlichen standespolitischen Äußerungen zu unterlassen hätten. Es bedarf wohl keiner Erwähnung, dass der gesamte Landesvorstand diesem Ansinnen nicht zu folgen vermochte ...

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung des BDK-Landesverbandes Schleswig-Holstein wies am 26. November 2008 den Ausschluss ihrer demokratisch gewählten Landesvorsitzenden als unrechtmäßig zurück und sprach beiden einstimmig das volle Vertrauen aus. Dem Bundesvorstand wurde zudem eine Frist bis Mitte Dezember gesetzt, um die Ausschlüsse und die Abmahnungen gegen den Landesvorstand zurückzunehmen. Nachdem von Seiten des Bundesvorstandes keine Reaktion erfolgte, traten 65 Mitglieder und damit ca. 80 Prozent des Landesverbandes in einem Korbmodell kollektiv zum 31. De-

zember 2008 aus dem BDK aus. Der BDK-Landesverband Schleswig-Holstein erklärte zum Ende letzten Jahres seine Auflösung.

Auch in anderen BDK-Landesverbänden, betont der ehemalige Landesvorstand, gebe es klare Auflösungserscheinungen. „Der BDK ist nach der Auflösung der BDK-Landesverbände Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein somit keine bundesweite standespolitische Vertretung der Kieferorthopädinnen und Kieferorthopäden in Deutschland mehr.“ Genau diesen Anspruch vertritt Mindermann jedoch nach wie vor. Dazu passt, dass sie die Auflösung des schleswig-holsteinischen Landesverbandes negiert. „Die Meldung der ehemaligen Landesvorsitzenden des Landesverbandes Schleswig-Holstein, der Landesverband habe sich zum 31. 12. 2008 aufgelöst, entbehrt jeder Grundlage“, heißt es an prominenter Stelle auf der Homepage des BDK-Bundesverbandes. Da die Satzung des Verbandes eine Selbstauflösung der Landesverbände nicht vorsehe, sei die Meldung allein schon aus formalen Gründen nicht zutreffend.

Jene Stimmen, die gerade in der Politik Mindermanns Gefahren für die deutschen Kieferorthopädinnen und Kieferorthopäden sehen (vgl. Berichte im *Zahnärzteblatt* 7/08 und 11/08), bringt das allerdings nicht zum Verstummen

Als jüngstes Beispiel führt Borchers an, dass die BDK-Bundesvorsitzende – entgegen allen Appellen der zahnärztlichen Körperschaften und Interessenvertretungen – bundesweit GOZ-Novellierungsförderungen durch gewerbliche Referenten anbieten lässt und sich damit erneut ins politische Abseits stellt: „Für die Presse wird der Krieg mit dem BMG erklärt, für die Kollegen aber die perfekte Anwendung geschult.“

Be